

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Deindustrialisierung

Ein angebliches „Geheimpapier“ der EU-Kommission zeigt die aktuelle Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit Europas auf. Vor allem der deutsche Mittelstand stehe vor großen Herausforderungen. Die Energiekrise bedrohe die deutsche Industrie „in einer Phase beispiellosen Wandels“ wesentlich stärker als ihre globalen Konkurrenten in den USA und in China. Einer Umfrage zufolge sollen 34 % der Top-Manager planen, ihre Investitionen vorübergehend auszusetzen oder zu verringern. 15 % beabsichtigen, dauerhaft auf Investitionen zu verzichten. Die deutschen Industriegewerkschaften halten wegen der hohen Strompreise mehrere hunderttausend Arbeitsplätze für gefährdet. Angesichts der Tatsache, dass die deutsche Industrie mit die höchsten Stromkosten in Europa tragen müsse, fordert die IG Metall die Einführung eines speziellen Industriestrompreises zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Andernfalls drohe „kurz oder lang“ das Verschwinden der Stahlerzeugung, der Aluminiumindustrie und anderer energieintensiver Branchen aus Deutschland. Das bedeute dann „den ersten Schritt zur Deindustrialisierung“.

## Plan- oder Marktwirtschaft?

Für zusätzliche Verunsicherung der Automobilindustrie sorgt die geplante Abgasnorm Euro 7, die wie ein Damokles-Schwert über der Branche und ihren 785.000 Beschäftigten schwebt. Die neue Norm soll den Schadstoff-Ausstoß massiv reduzieren. Bis 2035 sollen die Emissionen von PKW um 35 % und diejenigen von Bussen und LKW um über 50 % sinken.

Die CDU-Fraktion im Bundestag hat die fachlich zuständige grüne Umweltministerin jetzt vor einem Verlust von bis zu 300.000 Arbeitsplätzen gewarnt. Und der Verkehrsminister (FDP) moniert die Verteuerung von Neuwagen, die Mobilität zum Luxusgut werden lasse. Ab 2035 sollen bekanntlich laut Beschluss des EU-Parlaments überhaupt keine Verbrenner-Motoren mehr zugelassen werden, was der Öko-Lobby offenbar nicht ausreicht. So fordert Greenpeace ein Vorziehen des Verbots neuer Diesel- und Benzinfahrzeuge (einschließlich Hybridfahrzeugen) auf spätestens 2028. Außerdem müssten alle Verbrennungsmotoren „bis 2040 von Europas Straßen verbannt“ werden. Dagegen spricht sich der BDI für echte Technologieoffenheit aus und lehnt ein faktisches Aus für Verbrenner ab. Derzeit sind 48,8 Mio. PKW in Deutschland zugelassen. Der Anteil der batterieelektrischen Fahrzeuge beträgt mit 1,013 Mio. gerade einmal 2,1 %.

## „Schuss ins Knie“?

Auch im Heizungsbereich setzt die amtierende Bundesregierung auf Verbote statt auf Vernunft. SPD und Grüne wollen den Einbau neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024 untersagen. Die Wirtschaftsweise Prof. Veronika Grimm bezeichnet diesen Plan als falsch. Durch solche Verbote könne sich die Regierung „ins Knie schießen“. Es sei mit Ineffizienzen zu rechnen, wenn etwa Betriebe kein Gas zum Heizen nutzen könnten. Fraglich sei, ob die Sanierung von Häusern sowie die Herstellung und der Einbau von Wärmepumpen überhaupt schnell genug erfolgen könnten, um die Gasheizungen zu erset-

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

zen. Das kürzlich erklärte Ziel der Bundesregierung, bis 2030 pro Tag vier bis fünf neue Windräder aufzustellen und täglich mehr als 40 Fußballfelder voller Solaranlagen zu installieren, erscheint ebenso ambitioniert wie illusorisch.

## „Finanzieller Kontrollverlust“

Aus gegebenem Anlass hat der Bundesrechnungshof die Bundesregierung – mit Blick auf den Schuldenberg von mittlerweile 2,1 Billionen Euro – vor dem finanziellen Kontrollverlust gewarnt. Die Dynamik und die Folgen der Verschuldung drohten die Tragfähigkeit der Bundesfinanzen und damit auch die staatliche Handlungsfähigkeit ernsthaft zu gefährden. Um das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, müsse die Bundesregierung alle Ausgaben neu priorisieren und den Haushalt konsequent auf die Kernaufgaben ausrichten. Es dürften keine neuen Maßnahmen mehr beschlossen werden, ohne ihre langfristige Finanzierung zu klären. Rechnungshofpräsident Kay Scheller, der schon mehrfach seine richterliche Unabhängigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, merkt an: „Für stabile Bundesfinanzen bedarf es jetzt klarer, kluger und auch schmerzhafter Entscheidungen. Permanent in neue Schulden auszuweichen, ignoriert die Realität und übergeht die Interessen vor allem der jungen Generation.“

## „83 Mio. Versuchskaninchen“

Massive Grundsatzkritik an der Ampelregierung übt Prof. Hans-Werner Sinn. Der Ökonom fordert in einem Interview das Ende deutscher Alleingänge: „Deutschland ist dabei, durch seine extremistische Klimapolitik die eigene Industrie zu ruinieren, und wir setzen damit ein Negativbeispiel für die ganze Welt.“ China und andere Schwellenländer würden „einen Teufel tun, uns zu folgen, wenn wir unsere Unternehmen mit Energieverböten aus dem Land jagen und den Lebensstandard der Bevölkerung ruinieren. Das Gerede von der Vorbildfunktion und den Wettbewerbsvorteilen, die wir durch diese Politik angeblich generieren, ist Propaganda“. Deutschland habe „keine Chance“, das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, bis 2045 komplett aus der fossilen Energie auszusteigen. Trotzdem werde „eine ganze Volkswirtschaft mit 83 Millionen Einwohnern zum Versuchskaninchen für alternative Technologien gemacht“. Nur eine weltweit koordinierte Einschränkung der Ölnachfrage könne zu einem geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen. „Alleingänge bedeuten lediglich, dass andere Teile der Welt exakt so viel mehr Öl kaufen und CO<sub>2</sub> emittieren, wie wir einsparen. Wer in Europa trotzdem einen unilateralen Totalausstieg fordert, desavouiert die gesamte grüne Bewegung.“